S 32 R 3344/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg
Sozialgericht Sozialgericht Berlin
Sachgebiet Rentenversicherung

Abteilung -

Kategorie Urteil Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Rücküberweisungsanspruch

Geldinstitut nach dem Tod Konto im Minus

Rente

Unfallversicherungsträger Rentenversicherungsträger anderweitige Verfügung

Berufen

Leitsätze Ein Geldinstitut, das nach dem Tod eines

Versicherten

Rentenrückzahlungsforderungen von mehreren jeweils Rente leistenden

Versicherungsträgern ausgesetzt ist, kann sich auf dieselbe anderweitige Verfügung nur einmal mit Erfolg berufen. Wenn es eine anderweitige Verfügung sowohl

gegenüber der

Rentenrückzahlungsforderung des Unfallversicherungsträgers als auch der Rentenrückzahlungsforderung des Rentenversicherungsträgers geltend macht, so kann es in Höhe dieser anderweitigen Verfügung nur einmal in

dieser Höhe von einem

Rückforderungsanspruch frei werden.

Normenkette SGB 6 § 118 Abs 3

SGB 7 § 96 Abs 3

1. Instanz

Aktenzeichen S 32 R 3344/17 Datum 21.03.2023

2. Instanz

Aktenzeichen -Datum -

3. Instanz			
Datum ENTWURF		- Â	
Sozialgericht Berlin			
Â			
S 32 R 3344/17	Â		(erste) Zustellung erfolgt
			am ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ
			an ÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂÂ
			Â
			als Urkundsbeamter/in der Geschäftsstelle
Â			
Im Namen des Volkes			
Urteil			
In dem Rechtsstreit			
Deutsche Rentenversicherung Bund, Â			
Ruhrstr. 2, 10709 Berlin, Â			
In Sachen: B., K. geb. â∏¦ 1926 verstorben am â∏¦ .2016			

Â

Â

Tatbestand

Â

Die Kl \tilde{A} ¤gerin begehrt die R \tilde{A} ½ckzahlung \tilde{A} ½berzahlter Rente von der beklagten rentenkontof \tilde{A} ¼hrenden Bank gem. \hat{A} § 118 Abs. 3 Sechstes Sozialgesetzbuch (SGB VI) in H \tilde{A} ¶he von 280,91 \hat{a} \Box ¬.

Der Versicherte K. B. (im Folgenden: Versicherter) verstarb am 28. Juli 2016. Die Klägerin erfuhr davon am 9. August 2016. Die Zahlung der von der Klägerin dem Versicherten gewährten Rente fýr August 2016 in Höhe von 1.613,95 â \Box ¬ war noch am 29. Juli 2016 auf dem Konto des Versicherten bei der Beklagten

eingegangen. Das Konto befand sich laut Mitteilung der Beklagten direkt vor Eingang dieser Rentenzahlung mit 3.139,14 \hat{a}_{\square} im Minus. Vor der Rentenzahlung waren noch am 28. Juli 2016 574,21 \hat{a}_{\square} Rente von der Bau-Berufsgenossenschaft (im Folgenden: Bau-BG) auf dem Konto eingegangen und am 29. Juli 2016 189 \hat{a}_{\square} von der Bundeskasse Trier und 48,80 \hat{a}_{\square} von der A.. Am 1. August 2016 gingen von dem Konto 13,97 \hat{a}_{\square} an E. Versicherung AG (im Folgenden: E.) ab. Am 3. August 2018 gingen 190,66 \hat{a}_{\square} von der Pflegekasse auf dem Konto ein. Am 4. August 2016 gingen 37,35 \hat{a}_{\square} vom Konto an die T. GmbH (im Folgenden: T.) und 1.000 \hat{a}_{\square} an Frau B. Am 8. August 2016 gingen vom Konto noch 249 \hat{a}_{\square} an R. International SE (im Folgenden: R.) ab.

Das von der Klägerin an die Beklagte gesandte Rentenrückforderungsschreiben, mit welchem die Klägerin von der Beklagten Rþckzahlung von 1.594,54 â□¬ forderte, ging am 12. August 2016 bei der Beklagten ein. Zu diesem Zeitpunkt befand sich das Konto des Klägers laut Mitteilung der Beklagten mit 2.583,42 â□¬ im Minus.

Der Bau-BG teilte die Beklagte auf deren Rýckforderungsschreiben mit Schreiben vom 12. August 2016 mit, es sei keine Rýckzahlung möglich. Das Rückforderungsschreiben der Bau-BG sei ihr am 12. August 2016 zugegangen. Das Konto sei vor Eingang der Bau-BG-Rente mit 3.713,35 â☐¬ im Minus gewesen. Bei Rückforderungseingang sei das Konto mit 2.583,42 â☐¬ im Minus gewesen. Zu den Verfügungen zwischen BG-Renteneingang und Rückforderung teile die Beklagte der Bau-BG mit: 13,97 â☐¬ an E. am 1. August 2016, 37,35 â☐¬ an T. am 4. August 2016, 1.000 â☐¬ an E. B. am 4. August 2016 und 249 â☐¬ an R. am 8. August 2016.

Die Beklagte teilte dem Rentenservice der Klägerin mit Schreiben vom 12. August 2016, bei der Beklagten eingegangen am 23. September 2016, mit, sie könne nur 313,63 â \Box ¬ zurückzahlen. Zwischen Eingang der Rentenzahlung von 1.613,95 â \Box ¬ und dem Eingang des Rückforderungsschreibens der Klägerin seien folgende Verfügungen erfolgt: 13,97 â \Box ¬ an E., 37,35 â \Box ¬ an T., 1.000 â \Box ¬ an Frau E. B. und 249 â \Box ¬ an R..

Mit Schreiben vom 19. April 2017 forderte die Kl \tilde{A} x gerin von der Beklagten die R \tilde{A} 1 4 ckzahlung von 1.280,91 \hat{a} 1 2 3 4 berzahlte Rente f \tilde{A} 1 4 r den Monat August 2016 und bat um n \tilde{A} x here Angaben zu der \tilde{A} 1 berweisung von 1.000 \hat{a} 1 2 am 4. August 2016.

Die Beklagte teilte der Kl\(\tilde{A}\)\magerin mit Schreiben vom 19. April 2017 mit, dass sie mit der Rentenr\(\tilde{A}^1\)\/\daggerin der Kl\(\tilde{A}\)\magerin am 12. August 2016 Kenntnis vom Versterben des Versicherten erlangt habe. Zudem \(\tilde{A}^1\)\/\daggerin bersandte die Beklagte die Umsatzaufstellung vom 29. Juli bis 8. August 2016.

Von Frau B. forderte die Klägerin erfolgreich die 1.000 â□¬ zurück. E., R. und T. hatte die vom Konto des Versicherten an sie gegangen Beträge jedoch bereits an die Bau-BG auf deren Anforderung zurückgezahlt.

Mit Schreiben vom 2. August 2017 forderte die Kl \tilde{A} ¤gerin von der Beklagten R \tilde{A} ½ck \tilde{A} 4berweisung von 280,91 \hat{a} \Box ¬. Ihrer R \tilde{A} ½ckforderung \tilde{A} 4ber 1.594,54 \hat{a} \Box ¬ sei nur mit 1.313,63 \hat{a} \Box ¬ entsprochen worden.

Mit Antwortschreiben vom 7. August 2017 erkl $ilde{A}$ ¤rte die Beklagte, dass $ilde{A}$ ½ber die Rente bereits anderweitig verf $ilde{A}$ ½gt worden sei, wie bereits zuvor von ihr mitgeteilt, n $ilde{A}$ ¤mlich 13,97 \hat{a} \Box ¬ an E., 1.000 \hat{a} \Box ¬ an Frau B., 37,35 \hat{a} \Box ¬ an T. und 249 \hat{a} \Box ¬ an R. \hat{A} Daher bestehe kein R \hat{A} ½ckzahlungsanspruch.

Mit weiterem Schreiben vom 6. September 2016 forderte die Klägerin von der Beklagten erneut die Zahlung von 280,91 â□¬. Gem. <u>§ 118 Abs. 3 S. 2 SGB VI</u> habe die Beklagte den Betrag zu zahlen. Sie werde nur im Umfang anderweitiger Verfýgungen i.S.v. <u>§ 118 Abs. 3 S. 3 SGB VI</u> frei. Sie habe jedoch mit dem Rentenbetrag ihren Dispokredit des bei Renteneingang im Minus befindlichen Kontos getilgt. Gem. <u>§ 118 Abs. 3 S. 4 SGB VI</u> dþrfe sie das nicht.

Die Beklagte antwortete mit Schreiben vom 27. September 2017, die Voraussetzungen des geltend gemachten Rückforderungsanspruchs lägen nicht vor. Die anderweitigen Verfügungen zwischen Renteneingang und Eingang des Rückforderungsschreibens i.H.v. 1.300,32 â□¬ seien zu berücksichtigen. Die Rente der Bau-BG sei dabei unbeachtlich.

Am 4. Dezember 2017 erhob die Klägerin zum Sozialgericht Berlin gegen die Beklagte Klage auf Zahlung von 280,91 â \Box ¬. Gem. § 118 Abs. 3 S. 2 SGB VI habe das beklagte Geldinstitut den geforderten Betrag zu zahlen. Die von ihr gezahlte Rente von 1.594,54 â \Box ¬ und die von der Bau-BG gezahlte Rente von 574,21 â \Box ¬ bildeten zusammen den zu berýcksichtigenden Schuztbetrag. Der ýberzahlte Betrag aus anderweitigen Verfýgungen i.H.v. insgesamt 300,32Â â \Box ¬ sei von den Empfängern an die Bau-BG zurýckgezahlt worden und der Betrag aus anderweitiger Verfýgung i.H.v. 1.000 â \Box ¬ sei vom Empfänger gem. § 118 Abs. 4 SGB VI an sie zurýckgezahlt worden. 313,63 â \Box ¬ habe die Beklagte an sie zurýckgezahlt. Wegen § 118 Abs. 3 S. 4 SGB VI stehe ihr daher noch i.H.v. 280,91 â \Box ¬ ein Rýckzahlungsanspruch gegen die Beklagte zu.

Auf den gerichtlichen Hinweis mit Schreiben vom 3. Januar 2023 trägt die Beklagte vor, die an E., T. und R. geflossenen Beträge seien rechnerisch für die Zurückweisung gegenüber der Bau-BG ohne Bedeutung gewesen. Relevant sei alleine die anderweitige Verfügung i.H.v. 1.000 â□¬ gewesen. Die Beklagte fügte ihr Schreiben vom 12. August 2016 an die Bau-BG bei, mit welchem sie eine Rückzahlung abgelehnt hatte. In diesem Schreiben verweist die Beklagte gegenüber der Bau-BG auf Verfügungen, welche aus der beigefügten Auflistung zu entnehmen seien. In dieser Anlage sind die Verfügungen an E., T., R.

und E. B. aufgeführt.

Die KlAxgerin beantragt,

Â Πdie Beklagte zu verurteilen, an die Klägerin 280,91 â∏¬ zu zahlen.

Die Beklagte beantragt,

Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â Â . die Klage abzuweisen.

Sie meint, die Klägerin müsse sich insgesamt anderweitige Verfügungen i.H.v. insgesamt 1.300,32 â□¬ entgegenhalten lassen. Die Rentenzahlungen der Bau-BG spielten in diesem Verfahren keine Rolle.

Das Gericht hat mit Schreiben vom 3. Januar 2023 darauf hingewiesen, dass sich die Beklagte nicht zweimal, also sowohl gegenýber der Bau-BG als auch gegenýber der Klägerin, wirksam auf dieselbe anderweitige Verfþgung berufen können dþrfte. Soweit sich die Beklagte bereits gegenýber der Bau-BG einmal erfolgreich bezþglich einer Verfþgung auf § 118 Abs. 3 S. 3 SGB VI bzw. den entsprechenden § 9 Abs. 3 S. 3 SGB VII berufen habe, könne sie sich nicht wirksam noch einmal gegenþber der Beklagten auf dieselbe Verfþgung berufen, da nur einmal Geld in entsprechender Höhe vom Konto abgeflossen sei.

Die KlĤgerin hat mit schriftlicher ErklĤrung vom 28. Februar 2023 und die Beklagte mit schriftlicher ErklĤrung vom 24. Februar 2023 EinverstĤndnis mit einer Entscheidung ohne mündliche Verhandlung erklĤrt.

Â

Entscheidungsgründe

Â

Das Gericht konnte nach $\frac{\hat{A}\S 124 \text{ Abs. 2}}{124 \text{ Abs. 2}}$ Sozialgerichtsgesetz (SGG) ohne m \tilde{A}^{1} 4ndliche Verhandlung entscheiden, weil die Beteiligten hiermit ihr Einverst \tilde{A} 1

Die Klägerin hat zulässig eine echte Leistungsklage erhoben. Diese Klage hat auch in der Sache Erfolg. Die Klägerin hat gegen die beklagte Bank einen Anspruch auf Zahlung von 280,91 â∏¬ aus <u>§ 118 Abs. 3 S. 2 SGB VI</u>. <u>§ 118 Abs. 3 SGB VI</u> (in der hier maÃ∏geblichen, in der Zeit vom 9.4.2013 bis 30.11.2021 geltenden Fassung) lautet:

Geldleistungen, die für die Zeit nach dem Tod des Berechtigten auf ein Konto bei einem Geldinstitut, für das die Verordnung (EU) Nr. 260/2012 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. März 2012 zur Festlegung der technischen Vorschriften und der Geschäftsanforderungen für Ã□berweisungen und

Lastschriften in Euro und zur à nderung der Verordnung (EG) Nr. 924/2009 (ABI. L 94 vom 30.3.2012, S. 22) gilt, ý berwiesen wurden, gelten als unter Vorbehalt erbracht. Das Geldinstitut hat sie der ý berweisenden Stelle oder dem Trà ger der Rentenversicherung zurü ck zu ü berweisen, wenn diese sie als zu Unrecht erbracht zurü ckfordern. Eine Verpflichtung zur Rü ckü berweisung besteht nicht, soweit ü ber den entsprechenden Betrag bei Eingang der Rü ckforderung bereits anderweitig verfü wurde, es sei denn, dass die Rü ckü berweisung aus einem Guthaben erfolgen kann. Das Geldinstitut darf den ü berwiesenen Betrag nicht zur Befriedigung eigener Forderungen verwenden.

Die Voraussetzungen des Rýckýberweisungsanspruchs gem. § 118 Abs. 3 S. 2 SGB VI liegen vor. Die Klägerin hat auf das bei der Beklagten geführte Konto des verstorbenen Versicherten für die Zeit nach seinem Tod am 28. Juli 2016 noch Versichertenrente überweisen, nämlich für August 2016 1.613,95 am 29. Juli 2016. Diese Rentenzahlungen erfolgten ohne Rechtsgrund, da gem. § 102 Abs. 5 SGB VI Renten nur bis zum Ende des Kalendermonats geleistet werden, in dem die Berechtigten verstorben sind. Der bewilligende Rentenbescheid erledigt sich ohne Aufhebungsbescheid durch den Tod des Rentenberechtigten (BSG, Urteil vom 26.9.2019, Az. B 5 R 4/19 R, Rn. 14). Die Klägerin hat von der Beklagten davon 1.594,54 â \Box ¬ zurýckgefordert.

Nach Rýckzahlung von 313,63 â \Box ¬ durch die Beklagte an die Klägerin und unter Berýcksichtigung der anderweitigen Verfýgung der Beklagten gem. <u>§ 118 Abs. 3 S. 3 SGB VI</u> i.H.v. 1.000Â â \Box ¬ an Frau B., macht die Klägerin von der Beklagten hier noch 280,91 â \Box ¬ geltend.

Die Beklagte kann dem Rückzahlungsanspruch der Klägerin 280,91 â∏¬ nicht den Auszahlungseinwand des <u>§ 118 Abs. 3 S. 3 SGBÂ VI</u> aufgrund der Geldabflüsse an R., T. und E. entgegenhalten. Sie kann den Einwand, dass bei Eingang des Rückforderungsverlangens über einen der überzahlten Rentenleistung entsprechenden Betrag bereits anderweitig verfÃ1/4gt worden sei, nämlich nur einmal geltend machten. Sie kann ihn nicht ein zweites Mal wirksam geltend machen. Hier hat sich die Beklagte bereits betreffend der überzahlten Rente der Bau-BG, welche ebenfalls der Regelung des <u>§ 118 Abs. 3</u> und 4 SGB VI bzw. der im Wesentlichen mit dieser übereinstimmenden Regelung des § 96 Abs. 3 und 4 SGB VII unterlag, erfolgreich auf diese Verfügungen berufen und in dieser Höhe den Rentenrückzahlungsanspruch der Bau-BG gegen sie erfolgreich abgewehrt. Denn so wie ein Geldbetrag aufgrund einer anderweitiger VerfA¼gung nur einmal vom Konto abflieÃ\text{\textit{T}}t und nicht zweimal, kann auch nur ein VersicherungstrĤger vom GeldempfĤnger erfolgreich den Geldbetrag zurļckfordern. Dem VersicherungstrĤger, welcher danach nochmal vom GeldempfĤnger Rückzahlung desselben Betrages verlangt, kann der GeldempfÄxnger erfolgreich entgegenhalten, dass er diesen Betrag bereits gem. AS 118 Abs. 4 SGB VI bzw. § 96 Abs. 4 SGB VII zurückgezahlt hat.

Da die Bank aufgrund der Verf \tilde{A}^{1}_{4} gung nur einmal den Geldbetrag aufgrund anderweitiger Verf \tilde{A}^{1}_{4} gung ausgezahlt hat und nicht zweimal, kann sie sich nur einmal wirksam auf eine anderweitige Verf \tilde{A}^{1}_{4} gung betreffend diesen Geldbetrag

berufen und nicht zweimal. Bei allem, was $\tilde{A}^{1}/4$ ber die einmalige Ber $\tilde{A}^{1}/4$ cksichtigung des anderweitigen-Verf $\tilde{A}^{1}/4$ gungs-Betrags hinausgeht, liegt bei dem hier durchgehend im Minus befindlichen Konto eine gem. $\frac{\hat{A}\$ 118 \text{ Abs. 3 S. 4 SGB VI}}{4} \text{ bzw. } \hat{A}\$ 96 \text{ Abs. 3 S. 4 SGB VII verbotene Befriedigung einer eigenen Forderung aus der } \tilde{A}^{1}/4$ berzahlten Rente vor, n \tilde{A} mlich die Tilgung des Dispokredites.

Hier hat sich die Beklagte bereits gegenüber der Bau-BG hinsichtlich der Kontoabflüsse an E., R. und T. erfolgreich jeweils auf das Vorliegen einer anderweitigen Verfügung i.Sv. § 118 Abs. 3 S. 3 SGB VI bzw. § 96 Abs. 3 S. 3 SGB VII berufen. Eine Begrenzung der Berufung auf nur die Verfügung an Frau B. gegenüber der Bau-BG lag im Schreiben der Beklagten an die Bau-BG vom 12. August 2016 nicht vor, weil die Beklagte im Schreiben an die Bau-BG nichts ausgeführt hat, welchem eine solche Begrenzung zu entnehmen wäre. Vielmehr hatte die Beklagte auch die VerfA¼gungen an R., T. und E. in ihrem Schreiben an die Bau-BG in der Anlage aufgefļhrt, auf welche sie betreffend die Verfļgungen verweist, und diese als Geldempfänger genannt. â□□ Darauf, dass die Beklagte die Anschrift der GeldempfĤngerin Frau B. nur der KlĤgerin auf deren nochmalige Nachfrage mitgeteilt hatte, aber nicht der Bau-BG, so dass auch nur die KlĤgerin in die Lage versetzt war, die 1.000 â∏¬ vom Empfänger geltend zu machen, kommt es hier nicht an. â∏∏ Im Umfang der Verfügungen an R., E. und T. ist die Beklagte daher bereits gegenüber der Bau-BG gem. <u>§ 96 Abs. 3 S. 3 SGB VII</u>, welcher <u>§</u> 118 Abs. 3 S. 3 SGB VI entspricht, vom ansonsten gem. § 96 Abs. 3 S. 2 SGB VII, welcher <u>§ 118 Abs. 3 S. 2 SGB VI</u> entspricht, bestehenden Rentenrückzahlungsanspruch der Bau-BG gegen sie frei geworden.

Aufgrund der Mitteilung der Beklagten hatte die Bau-BG erfolgreich ihre Rýckzahlungsforderung vom Empfänger gem. <u>§ 96 Abs. 4 SGB VII</u> â∏ entspricht <u>§ 118 Abs. 4 SGB VI</u> â∏ geltend gemacht, so dass die Klägerin von R., E. und T. auch keine Geldrýckzahlung mehr erhalten konnte.

Die Beklagte kann daher nicht ein zweites Mal wegen desselben Geldabflusses nochmal gegenļber der KlĤgerin vom Rentenrļckzahlungsanspruch frei werden.

Das entspricht auch dem von <u>ŧ 118 Abs. 3</u> und 4 SGB VI bzw. <u>ŧ 96 Abs. 3</u> und 4 SGB VII beabsichtigten Interessenausgleich zwischen VersicherungstrĤgern und Geldinstituten. Geldinstitute sollen nicht von rechtswidrig geleisteten Zahlungen auf Kosten der Versichertengemeinschaft profitieren. Zum anderen soll das Geldinstitut keinen Schaden dadurch erleiden, dass <u>Ĺ</u>4ber einen Betrag bereits anderweitig verfĹ4gt wurde (s. KĶrner, in: beck-online.GROSSKOMMENTAR (Kasseler Kommentar), GesamtHrsg: KĶrner/Krasney/Mutschler/Rolfs, Stand: 01.09.2020, SGB VI, <u>ŧ 118, Rn. 19)</u>.

Ein Geldinstitut soll nicht dadurch besser bzw. anders stehen, dass es mehreren $R\tilde{A}^{1/4}$ ckzahlungsanspr $\tilde{A}^{1/4}$ chen von mehreren Anspruchsberechtigten ausgesetzt ist, als wenn es nur einem einzigen $R\tilde{A}^{1/4}$ ckzahlungsanspruch ausgesetzt ist.

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 197a Abs. 1 S. 1</u> Sozialgerichtsgesetz (SGG)

i.V.m. <u>§Â 154 Abs. 1</u> Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO).

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Nichtzulassung der Berufung beruht auf $\frac{\hat{A}\S 144 \text{ Abs. 2}}{\text{SGG}}$ und ber $\tilde{A}^{1/4}$ cksichtigt, dass keine Zulassungsgr $\tilde{A}^{1/4}$ nde ersichtlich sind.

Die Festsetzung des Streitwerts erfolgt gemäÃ∏ <u>§ 63</u> Gerichtskostengesetz (GKG). Nach <u>§ 52 Abs. 1 GKG</u> ist der Streitwert grundsätzlich nach der sich aus dem Antrag des Klägers fýr ihn ergebenden Bedeutung der Sache nach Ermessen zu bestimmen. Betrifft der Antrag des Klägers eine bezifferte Geldleistung, wie hier, ist deren Höhe maÃ∏gebend.

Â

Â

Â

Erstellt am: 07.08.2023

Zuletzt verändert am: 23.12.2024